

VORWÄRTS

Newsletter der SPD-Fraktion Kassel Ausgabe 114 | April 2020

KASSEL

Corona-Pandemie

Kassel ist gut aufgestellt

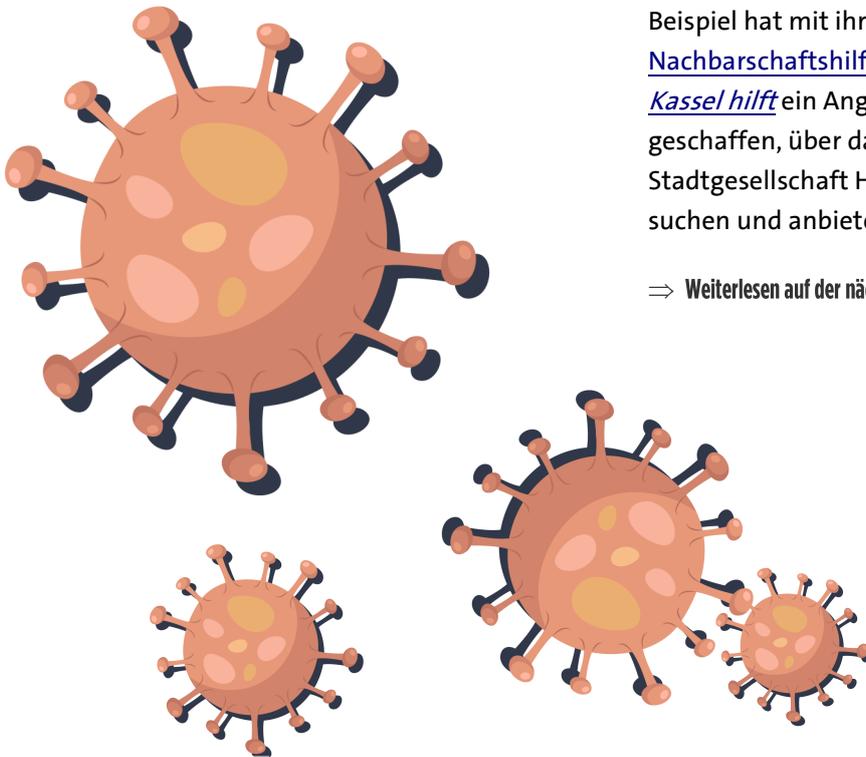
„Kassel ist in der Krise gut aufgestellt“, das stellt unser Fraktionsvorsitzende Patrick Hartmann fest. Der Magistrat hat rechtzeitig reagiert und den Verwaltungsstab frühzeitig eingerichtet, um Kassel auf ein Ansteigen der an Covid-19 erkrankten Personen einzustellen.

„Kassel war in Hessen beispielgebend dafür, wie man das öffentliche Leben verantwortungsbewusst zurückfährt“, lobt

Hartmann die Teamleistung des Magistrats mit Oberbürgermeister Christian Geselle an der Spitze.

Aber auch die besonnene Reaktion der Bevölkerung lobt Hartmann. „Die Menschen in unserer Stadt tragen die Einschränkungen des öffentlichen Lebens nicht nur mit. Sie entwickeln gleichzeitig vielfältige Hilfsangebote. Die SPD zum Beispiel hat mit ihrem [Nachbarschaftshilfe-Portal Kassel hilft](#) ein Angebot geschaffen, über das die Stadtgesellschaft Hilfe suchen und anbieten kann.

⇒ Weiterlesen auf der nächsten Seite



Grafiken © freepik

Themen

- 1 Corona
- 3 Lokale Wirtschaft unterstützen
- 4 Nachbarschaftshilfeportal
- 5 Beratungsstelle für Menschenrechte
- 5 NSU-Akten freigeben
- 6 Kommentar: Ausländerbeiräte
- 7 Seniorenwohnanlagen
- 7 Kinderarztpraxis Rothenditmold
- 8 Wohnungsbau in Bettenhausen
- 9 Alltagsheld
- 9 Verkehrswende
- 10 Fraktion unterwegs



FRAKTION KASSEL

Corona-Pandemie: Fortsetzung „Kassel ist gut aufgestellt“



Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender

Bei lokalen Shops bestellen

Wie lange das öffentliche Leben eingeschränkt bleibt, ist noch unklar. Daher appelliert der Sozialdemokrat, die regionale Wirtschaft zu unterstützen, z.B. indem man die vielfältigen

Lieferangebote des lokalen Handels und der Gastronomie nutzt.

„Wer auch weiterhin eine attraktive Innenstadt und lebendige Stadtteilkerne

möchte, bestellt nach Möglichkeit bei den Händler*innen vor Ort. Nur so können wir ihnen durch die Krise helfen“.

Klar ist für die SPD-Fraktion, dass die Kommunalpolitik mehr denn je gefordert ist: Zum einen im Heute und der Bewältigung der Krise. Zum anderen, wenn es darum geht, die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzufedern. In diesem Zuge verweist Hartmann drauf, dass Bund und Länder die Städte dabei mit originären Finanzmitteln unterstützen müssen: „**Hier sind die Kommunen auf die Solidarität im Föderalismus angewiesen**“, schließt er.



Grafik © pikisuperstar (via freepik)

Corona-Pandemie

#supportYourLocal — lokalen Handel unterstützen

Restaurants, Bars, Shops und Läden:
Viele regionale Geschäfte mussten aufgrund der Corona-Pandemie vorübergehend schließen. Besonders für die kleinen Unternehmen ist das eine riesige Herausforderung. **Deswegen heißt es für uns alle jetzt: #supportYourLocal – unterstützt die regionale Wirtschaft!**



Grafik © freepik

✓ Spenden & Crowdfunding

Spendenaktionen (z.B. auf [betterplace.me](https://www.betterplace.me)) oder Crowdfunding-Kampagnen können kleinen Firmen und Unternehmen dabei helfen, die laufenden Kosten erstmal zu decken.

Wir sammeln auf [unserem Instagram-Account](#) aktuelle Spendenaktionen. Einfach einen Blick in die Story-Highlights werfen.

✓ Lieferservice lokaler Restaurants & Shops

Vom Brauerei-Biertaxi bis hin zur Kuchenlieferung und der Mittagspizza: Restaurants und Co. liefern ihre Gerichte und Getränke direkt nach Hause oder haben zur Abholung geöffnet.

✓ Online-Shopping beim lokalen Handel

Die meisten Geschäfte haben einen **Online-Shop** oder andere Wege gefunden, ihre Waren zu verkaufen. So zeigen einige ihre Produkte auf **Instagram und Facebook**. Alle, die etwas vom Gezeigten kaufen möchten, schicken eine Nachricht an den Shop oder rufen kurz durch.

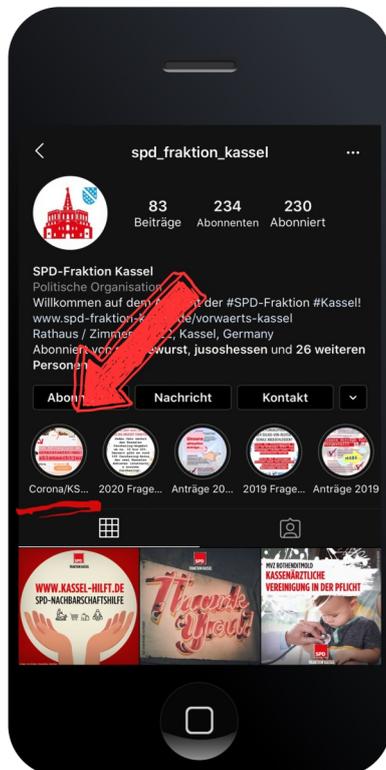


Bild © Clker-free-Vector-Images (via Pixabay)

Übersicht: Wo kann man online bestellen?

Auf diesen Seiten finden sich Übersichten, bei welchen lokalen Geschäft welche Produkte bestellt werden können.

➔ www.online-einzelhandel.de

➔ www.nordhessen.help

Corona-Pandemie

Kassel hilft: das SPD-Nachbarschaftshilfe-Portal

Sich in schwierigen Zeiten gegenseitig helfen, das macht eine solidarische Gesellschaft aus. Und genau darum geht es auf [unserem SPD-Nachbarschaftsportal Kassel hilft](#).

Jene unterstützen, die von COVID-19 besonders gefährdet sind. Jene, für die jeder Einkauf im Supermarkt um die Ecke mit einem Risiko verknüpft ist: Ältere, Immungeschwächte oder Menschen mit Erkrankungen des Atmungssystems. Ihnen greift unser Portal unter die Arme – indem die

freiwilligen Helfer*innen bei den kleinen wie größeren Erledigungen des Alltags helfen: einkaufen, mit dem Hund spazieren gehen oder Medikamente in der Apotheke abholen.

Telefonisch Hilfe finden & anbieten

Die SPD-Nachbarschaftshilfe erreichen Sie auch telefonisch:

 Tel.: 0163 - 568 4317

Nachbarschaftshilfe finden:

Auf der interaktiven Karte können sich Betroffene schnell und einfach einen **Überblick verschaffen, wer welche Hilfe in ihrer Nachbarschaft anbietet, und sofort Kontakt aufnehmen**. Dahinter steht ein Netzwerk aus Menschen, die sich und ihre Stadt kennen und mit anderen Freiwilligen-Organisationen in Kassel verbunden sind.

Hilfe anbieten:

Freiwillige (Privatpersonen, Vereine, Unternehmen) können sich für die Nachbarschaftshilfe ebenfalls ganz **einfach online eintragen und ihr Angebot auf der Karte markieren**.



SPD-NACHBARSCHAFTSHILFE-PORTAL
WWW.KASSEL-HILFT.DE



Beratungsstelle für Menschenrechte

Für Offenheit und Toleranz kämpfen



Norbert Sprafke
integrationspolitischer Sprecher

„Wir dürfen niemals müde werden, uns rassistischem und antisemitischem Gedankengut und Hetze entgegenzustellen – auf allen Ebenen unseres Zusammenlebens“, so Norbert Sprafke, unser integrationspolitischer

Sprecher. Es ist wichtig, dass von Diskriminierung Betroffene es einfach haben, Hilfe und Ansprechpartner*innen zu finden“, so Sprafke weiter. „Daher setzen wir uns für eine Anlaufstelle ein, die berät und schützt – und zudem auch eine Ausstiegsberatung aus rechtsextremen Strukturen anbietet.“

Dabei soll eine solche Einrichtung eine Schnittstelle zu bereits bestehenden Angeboten sein – z.B. Bildungsangebote für und von Unternehmen, Vereinen und

NSU-Akten

Vollständig offenlegen. Jetzt!

„Die NSU-Akten müssen endlich und vor allem vollständig offengelegt werden. Nur so können die grausamen Morde lückenlos aufgeklärt werden, rechter Terror in Hessen wirklich bekämpft und das Vertrauen in unseren Staat wiederhergestellt werden“, fordert Patrick Hartmann, unser Fraktionsvorsitzender.

„Eine Sperrfrist von 30 Jahren ist viel zu lang“, fügt Hartmann hinzu. Denn wirklich alle Erkenntnisse rund um Aufbau und Handeln rechter Gruppen öffentlich zu machen, sei wichtig und unabdingbar – gestern, heute und in Zukunft. Nur so könne garantiert werden, dass sich Fehler nicht wiederholen und wir als

Organisationen koordinieren. So kann auch die gesamte Stadtgesellschaft weiter für das Thema Rassismus und Diskriminierung sensibilisiert werden. „Denn der Kampf für Offenheit und Toleranz geht uns alle etwas an“, betont er.

Das unterstrich vom 16. bis 22. März auch die *Internationale Woche gegen Rassismus*. Sie stand in diesem Jahr unter dem Motto „Gesicht zeigen – Stimme erheben“. „Wir ergänzen dieses Motto noch damit, anderen eine Stimme zu geben, zuzuhören und zu unterstützen“, so der Sprafke. „Schließlich muss unser aller Ziel sein, Fanatismus, Diskriminierung und Gewalt den Boden wegzuziehen“, schließt er.



Grafiken © freepik

Gesellschaft erfolgreich für Demokratie, Freiheit und Toleranz kämpfen können. „Zumal die Öffentlichkeit schlichtweg auch ein Recht darauf hat, zu wissen, was bei der Aufklärung der NSU-Morde schiefgelaufen ist“, ergänzt Hartmann.

Gleichzeitig sieht er die regionalen Vertreter*innen der schwarz-grünen Landesregierung in der Pflicht, ihren Einfluss in Wiesbaden geltend zu machen. Damit gemäß der Forderung der Petition endlich Transparenz geschaffen wird. „Hier reicht es nicht aus, sich für die Offenlage auszusprechen, hier muss man handeln!“ erklärt Hartmann abschließend.

Kommentar

Zur Haltung der Grünen in der Frage der Ausländerbeiräte



Norbert Sprafke
integrationspolitischer Sprecher

Mit ihrem [Gesetzsvorschlag aus dem vergangenen Dezember](#) stellt die schwarz-grüne Landtagsmehrheit die Ausländerbeiräte infrage. Der Gesetzentwurf sieht vor, das sogenannte Integrationskommissionen anstelle

von Ausländerbeiräten eingesetzt werden können. Es handelt sich somit um ein Modell, bei dem Kommunen zwischen den Optionen Ausländerbeirat und Integrationskommission wählen können.

Zwar beteuert Schwarz-Grün, man wolle die Ausländerbeiräte nicht abschaffen. Jedoch geben sie den Kommunen die Möglichkeit, die Beiräte abzuschaffen. **Ausländerbeiräte im ganzen Land sowie ihre Landesarbeitsgemeinschaft und die Opposition im Landtag laufen Sturm gegen das Vorhaben. Denn die Richtung muss doch sein, die Ausländerbeiräte zu stärken und zu unterstützen – nicht sie abschaffen.**

Die grüne Fraktion in Kassel hat Mühe, sich zu positionieren und zwischen Stadt, Land und Partei zurechtzufinden. So haben die Grünen den Gesetzentwurf ihrer Landtagsfraktion lange Zeit über verteidigt – sowohl gegenüber dem Kasseler Ausländerbeirat als auch der Regionalkonferenz der nordhessischen Ausländerbeiräte. Und das obwohl bereits viele grüne Kreisverbände den Entwurf nicht mehr

unterstützten. Das gipfelte darin, dass beim Landesparteirat der Grünen im Februar die Landtagsfraktion die Unterstützung ihrer eigenen Leute für den Entwurf verlor. Dies sei ein „demokratischer Rückschritt“ hieß es zum Gesetzesvorhaben aus den eigenen Reihen.

Offensichtlich nicht so in Kassel. [Unseren Antrag](#) wollten die Grünen nicht unterstützen. Und erst in letzter Minute ergänzte die Kasseler Grünen-Fraktion den [Antrag des Ausländerbeirats](#) um eine kurze Passage: Die Stadt Kassel solle an der Wahl eines Ausländerbeirates festhalten – auch im Falle des geplanten Optionsmodells. Das ist aus dem folgenden Grund irritierend: Der Antrag des Ausländerbeirats lehnt es ganz klar ab, das im Gesetzesentwurf vorgesehene Optionsmodell einzuführen. Er spricht sich deutlich dafür aus, Ausländerbeiräte als demokratisch legitimes Gremium in Hessen zu erhalten. Es ist auch irritierend, weil die Existenz eines Ausländerbeirates auch dessen Wahl voraussetzt. Wie geht es nun weiter? Lehnen die Kasseler Grünen das Optionsmodell ab? Befürworten sie es grundsätzlich auf Landesebene, aber nicht in Kassel? Welche Loyalitäten werden sich durchsetzen? Es sind noch viele Fragen offen.

Klar ist, dass die Ausländerbeiräte weiterentwickelt werden müssen, die Wahlbeteiligung gesteigert werden muss. Hier gilt es Lösungen zu finden. Aber gemeinsam mit den Ausländerbeiräten und nicht über sie hinweg!

Norbert Sprafke



GNH - Seniorenwohnanlagen

Verkauf sichert Standorte und Arbeitsplätze



Sabine Wurst
sozialpolitische Sprecherin

beiden Standorten.

Wie genau Convivo die beiden Standorte auf dem Lindenberg und im Fasanenhof nun weiterentwickeln will, darauf ist Sabine Wurst gespannt. „Wir sehen hier durch ein neues Konzept die Chance, vollkommen neue Maßstäbe für das Wohnen im Alter in Kassel zu setzen“, so die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. „Dabei ist für uns als Sozialdemokratie wichtig, dass Convivo alle

Der geplante Verkauf der Seniorenwohnanlagen (SWA) am Fasanenhof und am Lindenberg an die Bremer Firma Convivo bietet sowohl den Bewohner*innen als auch den Mitarbeiter*innen Sicherheit und neue Entwicklungschancen an

Arbeitnehmer*innen zu den gewohnten Konditionen des TVÖD übernehmen wird und die Bewohner*innen in ihrer angestammten Umgebung bleiben können“, hält Wurst fest. Stellvertretend für die Fraktion lobt sie abschließend die Arbeit des Magistrats, der durch gute Verhandlungen Arbeitnehmerrechte und Bewohnerrechte gesichert hat.



Bild © pikisuperstar (via freepik)

Kinderarztpraxis Rothenditmold

Kassenärztliche Vereinigung am Zug

Da die praktizierende Kinderärztin leider keine Nachfolger*in für ihre Praxi findet, droht Rothenditmold nun die Schließung der einzigen Kinderarztpraxis im Stadtteil. „Dieser drohende Verlust einer Kinderarztpraxis in Rothenditmold zeigt die Schwächen des deutschen Gesundheitssystems“, sagt Heidi Reimann, unsere Stadtverordnete im Stadtteil. Denn die Kassenärztliche Vereinigung sollte darauf achten, dass junge Fachärzt*innen bei dem Schritt in die Selbstständigkeit auch Praxen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen übernehmen.

Schließlich können weder die Stadt noch eine städtische Gesellschaft eine Kinderarztpraxis

übernehmen und eine eigenständige ärztliche Versorgung aufbauen. Gesundheitspolitiker*innen aller Ebenen müssten hierfür erst eine grundlegende Systemänderung anstoßen: „Die ärztliche Grundversorgung ist bislang keine kommunale Aufgabe, sondern fällt in den Aufgabenbereich der Kassenärztlichen Vereinigung. Schließlich sind Kommunen finanziell überhaupt nicht dafür ausgestattet“, so die Stadtverordnete.



Heidi Reimann
Stadtteilverordnete

Wohnungsbau in Bettenhausen

GWG setzt Maßstäbe



Judith Boczkowski
wohnungspolitische Sprecherin

„Die kommunale Wohnungsbau-gesellschaft der Stadt Kassel (GWG) setzt in Bettenhausen Maßstäbe“, freut sich Judith Boczkowski, die wohnungspolitische Sprecherin unserer Fraktion.

Wohnungsbauprojekt in Bettenhausen zum anderen die Forderung nach mehr bezahlbarem Wohnraum ganz konkret um“, so Boczkowski weiter. „Hier folgen dem Beschluss der Kasseler Stadtverordnetenversammlung aus dem vergangenen Juni, mehr Sozialwohnungen zu bauen, Taten,“ schließt Boczkowski.

So plane die GWG zum einen von vorneherein und ganz selbstverständlich wichtige Infrastrukturelemente ein – wie eine Kita, ein Stadtteilzentrum und weitere Angebote, die das neue Quartier mit Leben füllen.

„Mit 6,80 bzw. 8 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter setzt dieses städtische



Grafiken © gstudioimagen (via freepik)

Alltagshelden

Kämpft für Arbeitsplätze

In unserer neuen Rubrik Alltagshelden stellen wir Menschen vor, die sich für ihre Mitmenschen und Kassel in besonderer Weise verdient machen.

Wir beginnen mit **Benjamin Heinicke**, Betriebsrat bei der GE Grid GmbH in Kassel. In dieser Funktion kämpft er aktuell um 200 Arbeitsplätze. Diese sollen gestrichen werden, weil der Konzern den Fertigungsstandort in Kassel schließen will. Gemeinsam mit seinen Betriebsratskolleg*innen entwickelt Heinicke verschiedene Konzepte, wie sich der Standort kurzfristig und dauerhaft rechnen kann, um die Arbeitsplätze erhalten zu können. Für diesen unermüdlichen Einsatz sagen wir danke und unterstützen ihn und seine

Kolleginnen und Kollegen weiter dabei, die Arbeitsplätze zu erhalten!



Benjamin Heinicke
Betriebsrat GE Grid GmbH

Radverkehr

Es geht weiter!



Sascha Gröling
verkehrspolitischer Sprecher

„Mit der hohen Investitionsquote und Projektdichte legt Verkehrsdezernent Dirk Stochla ein sehr gutes Tempo vor“, so Sascha Gröling, unser verkehrspolitischer Sprecher. Möglich gemacht hat das die Magistratsvorlage zum

Radverkehr aus dem September 2019, in der 10,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt wurden. Für die insgesamt 66 Millionen Euro aus dem Haushaltsbeschluss im Dezember stellt sich die SPD-Fraktion ein Gesamtkonzept vor.

Die Ankündigung der Baumaßnahmen von Verkehrsdezernent Stochla zeigen, dass die

Linie der SPD, eine Verkehrspolitik mit Augenmaß zu machen, ebenso gesehen wird. Dies belegen die Investitionen in den ÖPNV und in den Erhalt sowie Ausbau von Straßen. „Damit haben wir die Weichen gestellt, dass sich jetzt auf Kassels Straßen viel verändern wird – zum Besseren für ÖPNV, Individual- und Radverkehr“, freut sich Gröling.



Grafik © freepik

Fraktion unterwegs

Impressionen aus dem Homeoffice



SPD-Fraktion Kassel

Zimmer W 222
Rathaus
34112 Kassel

Tel. 0561 - 787-1284
Fax: 0561 - 787-2209

E-Mail:
buero@spd-fraktion-kassel.de
Web:
www.spd-fraktion-kassel.de

Geschäftsführer:
Patrick Hartmann

Fraktionsvorsitzender und
V.i.S.d.P.:
Patrick Hartmann

 [@spd_fraktion_kassel](https://www.instagram.com/spd_fraktion_kassel)

 [@spd.fraktion.kassel](https://www.facebook.com/spd.fraktion.kassel)

 [@spdfraktionks](https://twitter.com/spdfraktionks)